

# Danziger Zeitung.



№ 8999.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R. 50 g. — Auswärts 5 R. — Inserate, pro Seite 20 g., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reitmeier u. A. Rosse; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein und Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jägersche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

**Telegramme der Danziger Zeitung.**  
Berlin, 1. März. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Fortsetzung der Berathung des Staats des Handelsministers wird der Antrag des Abg. Berger, die Regierung aufzufordern, die Staats-eisenbahnbrücken über die größeren Ströme in zum Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr geeigneter Weise herzustellen und ein ähnlicher Antrag des Abg. Hammacher an die Budgetcommission verweisen. Der Antrag der Commission, 120,000 Mark für die Dienstwohnung des Danziger Regierungspräsidenten zur Erweiterung der Diensträumlichkeiten der Danziger Regierung abzuweisen, wird angenommen. Die Position für den Neubau der Gewerbeakademie auf den Grundstücken der ehemaligen Porzellanmanufaktur wird zur Prüfung der Pläne an die Budgetcommission verweisen. Die übrigen sämtlichen Positionen des Staats des Handelsministers werden genehmigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Berlin, 1. März. In der vorgestrittenen Sitzung des Staatsministeriums, welcher Fürst Bismarck präsidierte, waren, wie die „Post“ schreibt, weitere Maßnahmen beraten, falls katholische Bischöfe die offizielle Publication der jüngsten päpstlichen Encyclie vornehmen sollten. Fürst Bismarck hatte gestern Vortrag beim Kaiser.

**Der Congress deutscher Landwirthe.**

It Berlin, 28. Febr.

Im Jahre 1868 trat hier zum ersten Mal ein Congress deutscher Landwirthe zusammen. Derselbe sollte den Centralpunkt der landwirtschaftlichen Bewegungen und Bestrebungen des deutschen Reiches sein. Der Congress hatte von vornherein die Erörterung landwirtschaftlich technischer Fragen weniger bezweckt als die Verhandlung über landwirtschaftliche Fragen der Gesetzgebung. In den ersten Jahren wandte der Congress in letzterer Richtung sich mehr denjenigen Fragen zu, bei welchen besondere den allgemeinen, politischen und sozialen Interessen widerstreitende Interessen der Landwirthe nicht in Frage kommen und daher Erörterungen landwirtschaftlicher Techniker für die Gesetzgebung nur erwünscht sein können. Es sei darunter erwähnt die Hypothekenreform, das Genossenschaftswesen, das landwirtschaftliche Versicherungswesen u. dgl. Der Congress hat dabei einen, wenn auch bescheidenen, so doch immerhin nützlichen Einfluss auf die Gesetzgebung geübt. In den letzten Jahren dagegen hat der Congress fast ausschließlich allgemein politische Fragen in der Abstimmung zugewandt, deren Lösung im einseitigen Interesse der Großgrundbesitzer in den östlichen Provinzen zu bewirken (Steuer-, Bankreform, Arbeitersfrage u. s. w.).

Von vornherein bestand ja die große Mehrheit dieses sich alljährlich im Februar in Berlin versammelnden Congresses aus Landwirthen der Nachbarschaft, also aus Brandenburg, Sachsen und Pommern mit Mecklenburg. Unter diesen Landwirthen war aber der kleinere Besitz schon darum nicht vertreten, weil er hier überhaupt schwach ist und jeder besondern Organisation entbehrt. Für die sich bei den letzten Wahlen herausbildende agrarpolitische Partei bot der Congress daher schon von vornherein einen günstigen Boden. Für sie mußte der Congress außerdem Anziehungskraft haben, einmal seiner anlockenden Firma halber, sodann auch, weil die Thätigkeit des Congresses in den ersten Jahren einen gewissen Anfang in weiteren Kreisen gefunden hatte. Die agrarpolitische Partei fand es mit ihrem gemeinsamen literarischen Anhang um so leichter im Congress sich festzusetzen, als jeder

Indem v. Benda, der bisherige Präsident, gleich nach Eröffnung des Congresses eine Wahl ablehnte, gab er in einer Abschiedsrede zu erkennen, wie er die Fortsetzung seiner bisher mit den Agrarpolitikern angestrebten Vermittlung für vollkommen aussichtslos erachte. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß die wenigen dem Congress noch angehörenden Abgeordneten Benda's Beispiel gefolgt und dem Congress schon am ersten Tage den Rücken gekehrt hätten. In der That haben insbesondere die liberalen Parteien alles Interesse daran, nach außen nicht den mindesten Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß „der Congress deutscher Landwirthe“ zur Zeit nichts ist wie ein Heer wütster Reaction gegen die neuere Reformgesetzgebung auf politischem und wissenschaftlichem Gebiete.

Da führt Herr Wilmanns aus, „wie die

moderne Gesetzgebungstheorie ganz dazu geeignet sei,

mit der Zeit den Grundbesitz zu ruinieren“. Ein anderer Referent, Hr. Griepenkerl, versichert ebenso, daß alle sozialen Auswüchse lediglich den vielen gesetzlichen Neuerungen zuzuschreiben seien, die planlos von den Liberalen inszeniert würden. Es fehlt auch nicht an einer Resolution, welche alle Maßnahmen in den ländlichen Arbeiterverhältnissen als „nothwendige Consequenzen der dem beweglichen

Inhaltsermittlung durch Körnerfüllung die sichere Erkennung der Fehlergrenzen nicht verbürgt, die einschlägige Ermittlung des Inhalts der aus Metall gefertigten Maße der fraglichen Art mittels Wasserfüllung auszuführen ist. Demgemäß müssen derartige Maße wasserfest und behufs des Abschlusses einer plangeschliffenen Glassplatte mit völlig ebenem und hinreichend breitem Rande hergestellt und zur eichamtlichen Prüfung angeliefert werden. Diese Vorschrift verurteilt bei der Neuansetzung, insbesondere aber bei der Reparatur metallener Hohlmaße sehr erhebliche Schwierigkeiten, Belästigungen und Vertheuerungen und hat in Folge dessen vielfache Beschwerden der betreffenden Fabrikanten hervorgerufen, da hierauf das Festhalten an den bisherigen Eichfehlerrichtungen und an der naiven Inhaltsermittlung für metallene Hohlmaße für trockene Körper vorausichtlich der im Interesse des Verkehrs sehr wünschenswerten Verbreitung jener Maße hinderlich werden würde, sowie mit Rücksicht darauf, daß die letzteren im öffentlichen Verkehr vielfach ganz denselben Zwecken dienen, wie die entsprechenden hölzernen Maße, hat die Kaiserliche Normal-Eichungs-Commission die Gestattung der eichamtlichen Ermittlung des Inhalts

Wehmuth zu gedenken. Das große, stattliche Palais im vornehmsten Quartiere der Stadt, das der angeklagte Generaldirector noch jetzt bewohnt, umschließt im Augenblick sicher ein Bild des tiefsten Menschenjammers.

Die im Plaidoyer des Staatsanwaltes abgegebene Erklärung, welche je nach dem Wahrspruch der Geschworenen im Prozeß Osenheim eine gerichtliche Verfolgung Bielen durch die Schmiedeepocha

zu Reichthümern gelangten, in Aussicht stellt, erzielte keinesfalls die möglicherweise erwartete Wirkung. Sie hat Angst und Schrecken nach der einen Seite hin, nämlich unter die Bevölkerung selbst, verbreitet, dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung aber hat sie kein Gefühl der Sicherheit gegeben. Wen soll, wen will, wen kann der Staatsanwalt heute fassen? Für jene Factoren, welche dem Hause einbringen, die im großartigsten Maßstabe ausgeartete Verirrung des menschlichen Geschlechts fordert eher das Stübchen des Psychologen als des Rechtsmannes heraus. Es gibt heute nur wenig Beifall in Österreich, der seine Reicherung nach der einen oder der andern Seite hin nicht in der Schmiedeepocha erfahren hätte. Was die Thematik zur rechten Zeit versäumt, kann sie heute niemals durch einen Wahrspruch erlegen, das Geschäft des Richters ist nicht ihres Amtes. Darum blieb auch das Drohwort des Staatsanwaltes ohne allen Eindruck, darum wurden auch Stimmen laut, welche diesem Worte geradezu eine retrograde Wirkung zusprachen, die ihre Spize gegen den Sprecher selbst richten werde. Seither ist es auch bekannt geworden, daß der Staatsanwalt Graf

Capital und der Fabrikindustrie durch die Gesetzgebung (Schutzgeld, Steuer-Stempelgesetzgebung &c.) gewährten dauernde Staatshilfe“. Natürlich sprach sich der Congres auch für Bestrafung des Contractbruches aus.

Die Palme des Congresses aber errang offenbar Herr Rudolf Meyer durch eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede, welche alles Heil von einem an die persönliche Adresse Bismarck's gerichteten Antrag auf landwirtschaftliche Enquête erwartete. Herr Rudolf Meyer war bekanntlich Ehrenwanger bei seiner Mission auf dem leichten Eisenacher Congress der Kathedersocialisten als Sekretär beigegeben. Vor dem redigte er bis Ende 1873 auf Kosten des Reptiliengenfonds die feudale „Berliner Revue“. Der landwirtschaftliche Minister, der während Meyer's Rede den Congres besuchte, entfernte sich nach einer Viertelstunde, ohne ein Wort gesprochen zu haben, stumm und still. Der Kronprinz, früher ein regelmäßiger Besucher des Congresses hat diesmal bedauert, verhindert zu sein.

## Deutschland.

Berlin, 28. Febr. Durch § 20 der Einforderung vom 16. Juli 1869 sind die Grenzen der zulässigen Fehler beim Eichen cylindrischer Hohlmaße für trockene Gegenstände von gleichem Sollinhalt verschieden normirt, je nachdem diese Maße von Metall oder von Holz gefertigt sind; und zwar sind die zugelassenen Fehlergrenzen im Mehr oder Weniger für die Maße von Metall durchweg halb soweit gestellt, wie für die Maße von Holz. Dieselbe Verschiedenheit der Festzung der Fehlergrenzen bei Hohlmaßen für trockene Körper, je nach deren Anfertigung aus Metall oder Holz, findet sich, entsprechend dem allgemeinen beobachteten Grundsatz, daß die Toleranzen um die Hälfte enger als die Verkehrstoleranzen zu stellen sind, in den Bestimmungen unter B der Belantmachung, betr. die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehr noch zu dulden Abweichung der Maße &c. von der absoluten Richtigkeit, vom 6. Dezember 1869. Jene Verschiedenheit der Normen beruht in der Erwägung, daß die eigentliche Prüfung überall der zuverlässigsten Messungsmittel sich zu bedienen hat, welche überhaupt nach der Natur der zu prüfenden Gegenstände anwendbar sind, und daß deshalb, weil die trockene Inhaltsermittlung durch Körnerfüllung die sichere Erkennung der Fehlergrenzen nicht verbürgt, die einschlägige Ermittlung des Inhalts der aus Metall gefertigten Maße der fraglichen Art mittels Wasserfüllung auszuführen ist. Demgemäß müssen derartige Maße wasserfest und behufs des Abschlusses einer plangeschliffenen Glassplatte mit völlig ebenem und hinreichend breitem Rande hergestellt und zur eichamtlichen Prüfung angeliefert werden. Diese Vorschrift verurteilt bei der Neuansetzung, insbesondere aber bei der Reparatur metallener Hohlmaße sehr erhebliche Schwierigkeiten, Belästigungen und Vertheuerungen und hat in Folge dessen vielfache Beschwerden der betreffenden Fabrikanten hervorgerufen, da hierauf das Festhalten an den bisherigen Eichfehlerrichtungen und an der naiven Inhaltsermittlung für metallene Hohlmaße für trockene Körper vorausichtlich der im Interesse des Verkehrs sehr wünschenswerten Verbreitung jener Maße hinderlich werden würde, sowie mit Rücksicht darauf, daß die letzteren im öffentlichen Verkehr vielfach ganz denselben Zwecken dienen, wie die entsprechenden hölzernen Maße, hat die Kaiserliche Normal-Eichungs-Commission die Gestattung der eichamtlichen Ermittlung des Inhalts

cylindrischer Hohlmaße für trockene Körper durch Körnerfüllung (trockene Inhaltsermittlung), und die hierauf erforderliche Abänderung der einschlägigen bisherigen Bestimmungen, insbesondere über die Toleranzen, beschlossen, auch gleichzeitig die Erwirkung eines die obenerwähnten Bestimmung unter B. der Belantmachung vom 6. Dezbr. 1869 dahin abändernden Beschlusses beantragt, daß an Stelle derselben folgende Fassung zu treten hat: Die größte zulässige Abweichung vom Sollinhalt bei Hohlmaßen für Flüssigkeiten  $\frac{1}{250}$ , für trockene Körper  $\frac{1}{125}$  für Maße von 1 Hectoliter bis  $\frac{1}{4}$  Hectoliter. Der Reichskanzler hat beim Bundesrat beantragt demgemäß zu beschließen.

N. Berlin, 28. Febr. In der Commission für die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden erklärte Freitag Abend der Ministerialdirektor Förster gleich Anfangs, daß die Vertreter der Regierung nicht beauftragt seien, in der Commission bindende Erklärungen über die Bedeutung abzugeben, welche etwaige von der Commission zusätzliche Beschlüsse für das Schicksal des Gesetzes bei der Regierung haben würden; sie seien also nur in der Lage, ihre persönliche Meinung zu äußern. Man wird wohl nicht irre gehen, wenn man in dieser Erklärung eine Folge der bekannten Verfügung über die Stellung des Staatsministeriums zu den Behandlung der Gesetzesvorlagen erblickt. Zu §§ 1 und 2 des Regierungsentwurfs, in deren Discussion die Commission nunmehr eintrat, lagen, wie bekannt, einige Amendements des Abg. Bitter vor, die jedoch zurückgezogen wurden bis auf das eine, welches eine principielle Entscheidung über die Controverse wegen des Eigentums am Kirchenvermögen zu Gunsten der Gemeinden beziehte. Von Seiten der Vertreter der Regierung wurde zwar anerkannt, daß dieser Antrag zu dem Weise des Gesetzentwurfs nicht im Widerspruch stehe, jedoch wurde seine Opportunität umso mehr bestritten, als eine derartige Bestimmung praktisch unnötig sei und höchstens Schwierigkeiten bereiten könne. Nachdem sich sämtliche Redner in ähnlichem Sinne ausgesprochen, wurde das Amendement abgelehnt und die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage unverändert angenommen. Zu § 3, welcher den Umfang des Kirchenvermögens definiert, lag eine fast unübersehbare Anzahl von Abänderungsanträgen vor, die jedoch meistens nur in der Fassung von einander abweichen. Nach der Regierungsvorlage sollen zu dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören: 1) das für Cultusbedürfnisse bestimmte Vermögen, einschließlich des Kirchen- und Pfarrhaus-Baus, der zur Befördlung der Geistlichen und niederen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke und der Universarien; 2) die zu wohltätigen und Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke; 3) die zu irgend einem kirchlichen Zwecke innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten Stiftungen, sofern nicht stiftungsmäßig eigene Verwaltungsorgane eingesetzt sind.“ Der weitestgehende Abänderungsantrag ist vom Abg. Wehrenpennig gestellt, nämlich dahin lautend: 1) (wie die Vorlage); 2) die Erträge aller innerhalb des Gemeindebezirks veranstalteten Collecten, Sammlungen in Opferlöden u. dergl., sowie zu wohltätigen und Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke; 3) die zu irgend einem kirchlichen Zwecke innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und bisher von kirchlichen Organen verwalteten Stiftungen, sofern nicht stiftungsmäßig eigene Verwaltungsorgane eingesetzt sind. Die Verwaltung aller sonstigen Stiftungen wird durch ein

## Aus Wien.

Der Telegraph hat bereits den Abschluß des Prozesses Osenheim gebracht. Der Angeklagte ist freigesprochen, aber zwei Opfer hat der Prozeß bereits gehabt. Das erste ist der Vorsteher des Gerichtshofes, Baron Wittmann, gewesen, welchen die übermäßige Anstrengung, wohl auch die Aufregung, in der er durch die beständig wiederkehrenden Versuche, seine Unabhängigkeit zu beeinflussen, verursigt ist, auf ein schweres Krankenlager geworfen. Baron Wittmann, der durch gebiegtes Wissen und Fertigkeit des Charakters auch bei seinen Fachgenossen in hohem Ansehen steht, wird allgemein bedauert. Dass dabei ziemlich scharf über den Präsidenten des Oberlandesgerichts, dessen tadelloses Schreiben an Wittmann kurz vor der Katastrophe in dessen Hände gelangte, abgeurtheilt wird, ist erklärlich. Weniger Bedauern erregt das zweite Opfer des Prozesses, der Minister Vanhau, dem man eine glückliche Reise für seine Urlaubstour nach Italien wünscht. Die Pause, welche die Erkrankung des Schwurgerichtspräsidenten in den Verhandlungen herbeigeführt, hatte, wie sich denken läßt, die allgemeine Spannung auf den Ausgang des Prozesses nur vermehrt. Weder zur Zeit der Verhaftnahme Osenheim's — schreibt man den „H. N.“ während dieser Pause — noch bei seiner Stellung unter Anklage, weder zu Beginn der öffentlichen Schlusshandlung, noch im weiteren Verlauf derselben machte sich jene alle Schichten der Bevölkerung durchzitternde Bewegung so bemerkbar, wie im gegenwärtigen Augenblick. Wie sehr die Meinung der Parteien schwankt, wie sehr sie im Allgemeinen von jener ursprünglichen gegen die Person des Angeklagten gerichteten Animosität abkommt ist, habe ich in meinem letzten „Wiener Briefe“ berichtet. Heute ist der entschiedenste Um-

Wehmuth zu gedenken. Das große, stattliche Palais im vornehmsten Quartiere der Stadt, das der angeklagte Generaldirector noch jetzt bewohnt, umschließt im Augenblick sicher ein Bild des tiefsten Menschenjammers.

Die im Plaidoyer des Staatsanwaltes abgegebene Erklärung, welche je nach dem Wahrspruch der Geschworenen im Prozeß Osenheim eine gerichtliche Verfolgung Bielen durch die Schmiedeepocha

zu Reichthümern gelangten, in Aussicht stellt, erzielte keinesfalls die möglicherweise erwartete Wirkung. Sie hat Angst und Schrecken nach der einen Seite hin, nämlich unter die Bevölkerung selbst, verbreitet, dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung aber hat sie kein Gefühl der Sicherheit gegeben. Wen soll, wen will, wen kann der Staatsanwalt heute fassen? Für jene Factoren, welche dem Hause einbringen, die im großartigsten Maßstabe ausgeartete Verirrung des menschlichen Geschlechts fordert eher das Stübchen des Psychologen als des Rechtsmannes heraus. Es gibt heute nur wenig Beifall in Österreich, der seine Reicherung nach der einen oder der andern Seite hin nicht in der Schmiedeepocha erfahren hätte. Was die Thematik zur rechten Zeit versäumt, kann sie heute niemals durch einen Wahrspruch erlegen, das Geschäft des Richters ist nicht ihres Amtes. Darum blieb auch das Drohwort des Staatsanwaltes ohne allen Eindruck, darum wurden auch Stimmen laut, welche diesem Worte geradezu eine retrograde Wirkung zusprachen, die ihre Spize gegen den Sprecher selbst richten werde. Seither ist es auch bekannt geworden, daß der Staatsanwalt Graf

Lamezan von seiner vorgesetzten Behörde eine Rüge erhielt, in welcher ihm ziemlich unverblümt gesagt wurde, daß er in seinem Plaidoyer „das juristische Gebiet hätte mehr berücksichtigen sollen“, und daß die von ihm entwickelten sozialen und wirtschaftlichen Theorien den Rahmen seiner Aufgabe überschritten. Der einzige positive Erfolg, den das Drohwort des Staatsanwaltes bisher erzielte, äußert sich — in der früh erwachten Reiseflust einiger durch Börsenglück zu Reichthum und Ehren gelangter Persönlichkeiten. Bielen ist die Atmosphäre schwer und drückend geworden und sie sehn sich nach freier, reiniger Luft. Die Börse, so lange Zeit hindurch das treue Spiegelbild unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, trägt auch jetzt noch, selbstverständlich in bedeutend abgeschwächtem Maße, die Signatur derselben. Die Prozeß vorwiegend in der beständigen Classe herverufen, äußert sich im Verkehr der Geldmensch am erschöpfendsten und der Spruch von dem Geherten, in dessen Hause nicht vom Stricke gesprochen werden darf, kommt hier zur vollen Geltung. Das Geschäft stagniert jetzt mehr als je und die Leute sagen sich's unverholen, daß die so unerwartet eingetretene Verjögerung im Prozeß Osenheim an dem Mangel jeder Unternehmungslust mit schuldig sei. Die drückende Schwere, welche dem Losbruch des Gewitters vorherzugehen pflegt, benimmt den Leuten den Athem. Und doch könnten sie wissen, daß das Schuldig oder Nichtschuldig des Richters nur einem einzelnen verlorenen Wetterstrahl gleichkommt, der nur ein bereits gekennzeichnetes Ziel erreichen kann. Für die Uebrigsten grollt das Wetter leider nur mehr aus weiter Ferne. Es kann keinem von ihnen mehr als ein warnendes „Hütte Dich!“ bringen.

besonderes Gesetz geregelt. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß ihnen ein vom Abg. Hauck gestelltes Amtsenthebung am sympathischsten sei, welches sich von dem Wehrenpfennig'schen dadurch unterscheidet, daß es der Regierungsvorlage in No. 2 „die Erträge der innerhalb und außerhalb der Kirchengebäude veranstalteten öffentlichen Sammlungen zu kirchlichen Zwecken“ hinzufügt, und die No. 3 wie folgt abändert: „Die zu irgend einem kirchlichen Zwecke innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und bisher von kirchlichen Organen verwalteten Stiftungen, sofern“ u. s. w. (wie die Vorlage), im Uebrigen aber die in dem Wehrenpfennig'schen Antrag, betreffs des Unterrichtsgesetzes und eines besonderen Stiftungsgesetzes, gemachten Vorbehalt nicht aufnimmt. Gegen diese Vorbehaltewurde geltend gemacht, daß bei ihrer Annahme die betreffenden Stiftungen noch auf unbestimmte Dauer in den Händen der alten Verwaltung verbleiben würden, während bei Annahme der Regierungsvorlage die durch das gegenwärtige Gesetz zu organisirende neue Verwaltung sich sofort auf dieselben erstrecken würde. Zu einer eigentlichen Meinungsäußerung der Commission über § 3 und die zu ihm gestellten Anträge kam es in der gestrigen Sitzung nicht bis zur nächsten am Dienstag stattfindenden Sitzung soll eine übersichtliche Ordnung der Amendments vorgenommen werden.

General v. Fransecky wird noch vor seinem fünfzigjährigen Jubiläum, das er in nächster Zeit zu begehen gehabt hätte, in den Ruhestand treten. Ebenso soll auch der jetzige Gouverneur von Mainz, General der Infanterie v. Bogen, von seinem Posten abgehen und in anderer Weise in der Umgebung des Kaisers in Verwendung kommen. Wie die „Mtgsgz.“ mittheilt, wäre General v. Budryk für die Stelle eines Gouverneurs von Mainz ausersehen. Zum commandirenden General des elsässisch-lothringischen Armeecorps, des größten, das die deutsche Armee besitzt, wäre General v. Obernitz in Aussicht genommen.

\* Die Förderung und Hebung der Pferdezucht in Preußen bildet schon seit einer Reihe von Jahren in landwirtschaftlichen Kreisen oftmals einen Gegenstand lebhafter Erörterungen. Das Landwirtschaftliche Ministerium beabsichtigt, eine Commission zu berufen, welche die Angelegenheit einer eingehenden Discussion unterwerfen und dem Minister Vorschläge zur Förderung der Pferdezucht machen soll. Die Commission soll zusammen gesetzt werden aus den vom Landes-Oekonomie-Collegium für diesen Zweck gewählten Mitgliedern, aus Delegirten der landwirtschaftlichen Centralvereine, aus Vertretern von Pferdezuchtvereinen, aus Beamten der Gestüte, Remonten- und Marstall-Verwaltungen und schließlich aus einigen anerkannten Pferdejudiktern, welche von dem Minister berufen werden. Ein Theil der Commission hat schon eine Vorbereitung gehabt. Es waren die vom Landes-Oekonomie-Collegium gewählten Mitglieder und einige Sachverständige, welche Einladungen erhalten hatten, anwesend. Das Programm für die Berathung der Commission soll ein sehr umfassendes werden; den Verhandlungen der Commission wird ein Vertreter des Ministeriums bewohnen.

— Aus Görlitz schreibt man der „Boss. Ztg.“ unter dem 26. Febr.: Die Staatsberathung ist heute ohne neuen Kampf beendet und das Resultat derselben ist die Festlegung der städtischen Einkommensteuer auf 75 p.c. der Staatssteuer, neben der nur noch ein Zuschlag zur Gebäudesteuer erhoben wird, so daß Görlitz wohl zu den Städten der Monarchie mit den geringsten Communalsteuern gehört. Es ist nur durch Hinzunahme der vorhandenen Ueberchüsse der beiden vorigen Jahre möglich geworden, auf den Wunsch der Stadtverordneten einzugehen, ohne doch die Einnahmen des Forststaats allzu hoch zu normiren. Daß der Magistrat die Hand zur Einigung geboten hat, hat in dem natürlichen Wunsche seinen Grund, den Bürgern den Übergang von der indirekten Steuer zur directen nicht allzu schwer zu machen. Uebrigens macht sich die Aufhebung der Mahl- und Schlachsteuer vielfach bemerkbar nicht nur im städtischen Bache, wo der Verkehr so gesunken ist, daß nicht einmal der Tagelohn von 17' Sgr. für den dort angestellten Arbeiter mehr heraus kommt, sondern auch bei den Backwaren. Die Polizeiverwaltung, welche kürzlich den Verkauf des Gebäcks nach Gewicht angeordnet und von den Bäckern eine Selbststeuer verlangt hat, publiziert zum ersten Male wieder eine Brotlasse, aus der sich ergiebt, daß der Waarenkaufverein das Pfund Roggenbrot mit 10 Pf., das Pfund Semmel mit 20 Pf. verkauft. Auch der Verkauf der Kartoffeln, Hülsenfrüchte &c. auf dem Markt nach Geld ist angeordnet. Die Fleischer müssen an ihren Verkaufsläden ihre Firma führen, damit das Publikum weiß, wer der Fleischer ist, der schlechtes Fleisch verkauft hat und darum in die polizeilichen Bekanntmachungen gerathen ist. Das Fleisch auf dem Markt wird untersucht und irgendein fragwürdiges sofort weggenommen. Das sind die erfreulichen Wirkungen der Beseitigung der Mahl- und Schlachsteuer.

— Dem Vorgange Preußens, die evangelische Kirche unter Mitwirkung der Gemeinden zu reorganisieren und durch die Vermirkung des Gemeindeprincips die bisherige Consistorial- und Pastorenkirche endlich zu einer wirklichen protestantischen Gemeindekirche umzustalten, folgen nach und nach immer mehr von den deutschen Kleinstaaten. Nachdem eine synodale Verfassung seit längerer Zeit in Sachsen-Weimar und Sachsen-Coburg-Gotha in Angriff genommen ist, hat sich diesen Bestrebungen neuerdings auch Sachsen-Meiningen und Anhalt durch Berufung resp. Vorbereitung von „Vorsynoden“ angelässt.

— Die Vorbereitungen, welche die Commission für Aufstellung einer Reichs-Medicinalstatistik liefert, haben die Angelegenheit wegen Errichtung eines Reichs-Gesundheitsamtes wieder in den Vordergrund gestellt, so daß alle Aussicht auf die Gründung eines solchen Reichs-Instituts vorhanden ist, mit welchem sich der Reichstag vielleicht schon in der nächsten Session beschäftigen haben wird. Früher ist erwähntes Institut auf mancherlei Schwierigkeiten gestoßen, welche gegenwärtig jedoch beseitigt zu sein scheinen.

— Laut amtlicher Aufstellung betrug während des Jahres 1873 für das Deutsche Reich die Einführung von Getreide u. s. w. und Mühlfabrikaten 41,300,000 Centner mit einem geschätzten Werthe

von 144,200,000 Thlrn, die Ausfuhr 25,340,000 Centner mit einem geschätzten Werthe von 89,000,000 Thlrn. An gegorenen Getränken (also einschließlich Wein und Bier) betrug der Gesamtverkauf von 36,500,000 Thlrn, mit einem Werthe von 6,620,000 Ctr. der Gesamtumsatz 2,314,000 Centner mit 25,660,000 Thlrn, darunter Wein und Most in Fässern (beim Eingang) allein für 21,300,000 Thlr., Wein in Flaschen für 9,020,000 Thlr. Beim Ausgang stellten sich diese Ziffern beziehentlich auf 7,360,000 und 5,710,000 Thlr. Tabak und Tabaksfabrikate gingen ein 1,871,000 Centner mit 55,550,000 Thlrn, gingen aus 818,000 Centner mit 31,600,000 Thlrn.

— Gegen den Chefredacteur der „Kreuzzeitung“, v. Nathusius-Ludom, ist wegen eines Artikels „Unions-Theologie“ Anklage auf Beleidigung des Ober-Kirchenrats und Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit erhoben worden.

— Bei der in Aussicht genommenen Regelung des Begräbnishwesens handelt es sich dem Vernehmen der „Boss. Ztg.“ nach auch darum, gelegentlich festzustellen: die Organe, durch welche die Verwaltung der Kirchhöfe bürgerlicher und kirchlicher Gemeinden zu leiten ist, die Verpflichtung zur Aufnahme der Leichen auf dem Begräbnisplatz überhaupt und den Anspruch auf einen Platz in ordentlicher Reihe, die Mitwirkung des Geistlichen anderer Religionsgesellschaften auf confessionellen Begräbnisplätzen, die Dauer des Beerdigungsrechts und die Zulässigkeit eines Wiederaufbaus der Ruhestätten, die Zulassung von Privat-Begräbnisplätzen, die Veräußerung, Theilbarkeit und Vererbung der Erbgagräben, den Umfang des Benutzungsrechts der Grabstellen, die Errichtung von Grabzieren, Denkmälern u. s. w.

— Die im Reichskanzler-Amte gemachte Aufstellung der Einnahmen an Böllen, gemeinsamen Steuern und andern Einnahmen im Deutschen Reich ergiebt für die Zeit vom 1. bis Ende Januar d. J. Folgendes: Der Eingangszoll brachte einen Reingewinn von 9,867,804 Mf. (249,681 Mf. weniger als in demselben Zeitraume des Vorjahrs), die Rübenguckersteuer 2,337,913 Mf. (794,353 mehr), die Salzsteuer 2,795,785 Mf. (210,923 weniger), die Tabaksteuer 41,019 Mf. (60,501 weniger), die Brannsteuer 1,513,606 Mf. (305,482 mehr), die Uebergangsabgabe von Brannwein 4275 Mf. (9294 weniger), die Brausteuer 2,388,045 Mf. (144,732 mehr), die Uebergangsabgabe von Bier 69,413 Mf. (1955 mehr), die Wechselstempelsteuer 661,877 Mf. (3370 weniger), die Post- und Zeitungs-Verwaltung 8,831,422 Mf. (626,067 mehr), die Telegraphen-Verwaltung 835,627 Mf. (2864 weniger), die Reichs-Eisenbahnverwaltung 2,435,497 Mf. (452,147 mehr).

Stettin, 25. Febr. Der kürzlich verstorbene Kaufmann Bonaventura Kuhberg hat der Armenverwaltung unserer Stadt ein Legat von 300,000 Mf., sowie ein Grundstück von ca. 34,000 Quadratfuß Größe vor dem Königsthon vermacht, mit der Bestimmung, auf demselben ein Stift für unbefohlene und hilfsbedürftige Jungfrauen aus den gebildeten Ständen zu erbauen. Jede der Nutznießerinnen — die nebenbei bemerkt, nicht der heiligen Commune anzugehören brauchen — erhält in demselben freie Wohnung nebst einer baaren Unterstützung von 180 Mf. jährlich. Ueber die Aufnahme entscheidet eine Commission von 7 Mitgliedern.

— Posen, 28. Febr. Wie wir seiner Zeit berichtet, hat sich auch in der Provinz Posen ein

Verein von Lehrern der höheren Unterrichtsan-

stalten gebildet, und derselbe wird in den

Ostertagen seine zweite Versammlung hier in Posen abhalten. Dem Vernehmen nach sind neue Beitriffs-

Erklärungen in hinreichender Zahl erfolgt und ent-

richtet der Vorstand gegenwärtig die Tagesordnung

für die demnächstige Zusammenkunft. Es ist selbstverständlich, daß Vereine dieser Art nicht mehr das Interesse erregen, welches sie vor einigen Jahren in den betreffenden Kreisen beanspruchten durften.

Ein Theil der Hauptfragen ist ja glücklicher Weise gelöst, und wenn auch noch mancher Wunsch zurückgeblieben und der Erfüllung entgegensteht, so ist das Interesse doch bedeutend gegen früher abgeschwächt und manche friedliche oder passive Natur bleibt von Unternehmungen fern, bei denen man möglicher Weise den Verdacht der Agitation auf sich laden, aber doch dem Schultheiß nicht gefallen konnte. Anregungen und persönliche Bekanntschaften halten ebenfalls nicht auf die Dauer vor, es ist nothwendig ein Bindemittel zu finden, welches auch weiteren Kreisen Achtung abgewinnen muß. Und ein solches liegt nicht ganz fern. Die Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten sind vorzugsweise durch ihre Vorbildung und gegenwärtige Stellung in der Lage, eine wissenschaftliche Erforschung ihrer Heimat nach geschichtlich-geographischer und nach naturwissenschaftlicher Seite hin anzubahnen und zu vollenden, und ein Lehrerverein würde sich gewiss innern und äußern Bestand erwerben, wenn er eine solche Erforschung zum wissenschaftlichen Mittelpunkte seiner Tätigkeit machen wollte. Daß die Besprechung pädagogischer Fragen allmählig langweilt, weil vieles, wenn auch wichtig und bedeutungsvoll, in zu kurzen Pausen wiederkehrt, ist unzweckmäßig, daß Standes- und Rang- und Geldfragen auch noch heute ihre Berechtigung haben, braucht nicht bestritten zu werden; aber auf beide Momente darf nicht mehr der Hauptnachdruck gelegt werden; Fragen letzterer Art müssen wenigstens in eine neue Form gegossen werden und als solche stellt ich das Thema hin: Gleichstellung der Lehrer höherer Unterrichtsanstalten mit den Richtern erster Instanz in allen ihren Consequenzen. — Die neueste Encyclica des neunten Pius ist von so großer Bedeutung, daß Sie mir eine kleine Bemerkung darüber auch an diesem Platze erlauben werden. Sie kann sich nur gegen die Ansicht der „Kölner Ztg.“ wenden, welche glauben machen will, die Encyclica habe nur dann für deutsche papstgläubige Katholiken Bedeutung, wenn sie in recht mäßiger Form von der Kanzel auf Befehl und Anordnung der Bischöfe verkündet werden sei. Das ist eine altkatholische Ansicht, die oft und laut genug von den Jesuiten perhorrescit werden. Ein päpstlicher Erlaß hat volle Geltung erlangt mit dem Anschlage an die Thore von St. Peter. Das ist, wie nicht zu leugnen, die volle Consequenz der neuen Ordnung des Kirchenregiments und zur Umgehung eines placetum der weltlichen Macht unumgänglich nothwendig. Jetzt also gilt, jetzt muß jeder Katholik seine Entscheidung treffen: stillschweigender Vereins ernannt worden, worauf einige „gläubige“

Bidergruch, passive Unterwerfung, einfacher Staats-katholicismus schützen nicht mehr vor der Excommunication; der wilde Eifer eines Ketteler und die mäßige Friedfertigkeit eines Kefele haben gleiche Bedeutung. Kein deutscher Papstgläubiger darf mehr seine Hände dazu bieten, auch nur ein Titelchen der als ungültig erklärt Maigesetze auszuführen und die Bischöfe werden sich nun wohl für ihr Vertuschungssystem ewiges Stillschweigen auferlegen und von der falschen Unfehlbarkeit zur wahren gelangen.

— Am 24. Febr. wurde der Probst Krueger aus Neustadt a. W. vom Untersuchungsrichter in Pleschen in der Angelegenheit des Delegaten vernommen. Auf die ihm gestellten Fragen antwortete er, daß er durch die Neustädter Post eine Instruction ohne Unterschrift erhalten habe, und daß auch dieses Schriftstück, wie man aus dem Poststempel ersehen konnte, in Neustadt auf die Post gegeben war. Uebrigens wisse er nichts vom päpstlichen Delegaten und kenne ihn nicht. Alle andern ihm gestellten Fragen verneinte der Probst, der übrigens seine Aussagen eindlich erhartete. Es ist dieses der erste bekannt gewordene Fall, in welchem ein Geistlicher dem weltlichen Richter in der Delegaten-Angelegenheit Rede und Antwort gestanden und nicht die Kompetenz des weltlichen Richters, ihn in dieser Sache zu vernehmen, bestritten hat. Die Aussage des Probstes Krueger beweist übrigens, daß eine geheime Instruction existirt, welche der Geistlichkeit als Richtschnur im Kampfe wider den Staat dient. (Ostd. 3.)

Bern, 24. Febr. Am 8. März seien sich die Landesväter wieder an den Webstuhl der Zeit, um Linge Versäumtes nachzuholen, gerade wie im stammverwandten Deutschland. An Stoff mangelt es nicht; die Liste enthält schon jetzt 37 Nummern, z. B. Gesetzwürfe über Maß und Gewicht, Reftrennaushebung, Rechtsverhältnisse des Frachtverkehrs auf Eisenbahnen, Verbindlichkeit der Eisenbahnen zum Schadenersatz für Tötungen und Verleugnungen, Ausgabe und Einlösung von Banknoten, eidg. Gelbsal, Kirchen- und Schulwesen.

— Die nationalräthliche Commission für das Gesetz über Eisenbahntransport hat sich in zwei Parteien getheilt, die Mehrheit will die Eisenbahnen vor der Verantwortlichkeit möglichst entlasten, die Minorität erklärt sich für schärfere Heranziehung unter Berücksichtigung der vom Handelsstande geltend gemachten Wünche. — Im Canton Zug erhebt das liberale „Volksblatt“ bittere Klagen über die Verwahrlosung des den Pfaffen und Lehrschwestern anheim gegebenen Schulwagens. So z. B. werden den Schulkindern die blödsinnigsten Gebete aufgegeben, um Gott und alle Heiligen anzusehn, daß sie der Verfolgung der Kirche ein Ende machen, den heiligen Vater seiner Brüderlichkeit entziehen, Frankreich durch die katholische Kirche verjüngen (!) u. s. w. Eins der Gebete lautet für „die Verführung des Freimaurerthums, das Christo, dem Sohne Gottes, Feindschaft und seiner heil. Kirche den Untergang geschworen; daß du die gottlose Seele zerstören wilst, die dein göttliches Reich auf Erden zu zerstören finnt. Erhebe dich, o König der Himmel, mache zu Schanden diese Feinde deiner Liebe, benimm den Unglücklichen, die sich ihnen angeschlossen, ihren Wahn und befreie die Böller, die sie unter ihrem Ziche geknechtet halten.“ Die armen Kinder, welche diese formelle sittliche Ent- rüstung über die phlegmatische Trägheit des Himmels mitmachen müssen! — Bekanntlich liegt auf der Insel Uffa au im Bürdner See der große Humanist und Freiheitskämpfer Ulrich v. Hutten begraben. Die bisherigen Verküsse, ihm dort ein Denkmal zu errichten, scheiterten an dem Widerstand des Klosters Einsiedeln, welchem die Insel gehört. Gegenwärtig wird der Gedanke von Neuem in Zürich angeregt. Mit oder ohne Denkmal, Hutten wird dem deutschen Volke unvergesslich bleiben.

Stalzen.

Rom, 24. Febr. Der Papst empfing gestern eine Menge Fremder, die gekommen waren, den Tribut des Trostes, Beiträge zum Peterspfennig und die Versicherung ihrer kindlichen Liebe ihm zu führen zu legen. Er dankte für die Gaben und hielt eine Rede in französischer Sprache, deren vornehmster Inhalt also lautete: „Ihr wißt alle, meine Kinder, daß der Stuhl Petri gegenwärtig von heftigen Angriffen bedroht wird. Niemals vielleicht hat der Teufel mit so viel Wuth gegen ihn angefürstet, als gerade jetzt, deshalb müssen wir aber nicht den Mut und niemals die Worte Jesu Christi aus den Augen verlieren: „Die Pforten der Höle werden nichts gegen ihn vermögen.“ Die Feinde der Kirche werden in diesem unsinnigen Kampfe ihre Kräfte aufzehren, der Sieg wird aber der göttlichen Braut Jesu Christi verbleiben. Der Mann, den Ihr von Euch seht, ist der Nachfolger dessen, der den Stuhl Petri errichtet hat, und vertritt ihn auf dieser Erde. Betet für ihn, auf daß ihm in dem schrecklichen Kampfe, den er auszuhalten hat, die Kräfte nicht verlaufen, auf daß er mit Treue und Beständigkeit die Pflichten des schwierigen Amtes, das ihm anvertraut worden, erfüllen könne. Dann ermahnte der Papst die Anwesenden, an der Wahrheit festzuhalten, dem Glauben treu zu bleiben und ertheilte ihnen, ihren Familien, ja sogar den Ländern, denen die Fremden angehörten, den apostolischen Segen. — Vorgeleert hatten sich in den Sälen, welche der Papst pafst, wenn er nach dem Vatican sich begiebt, ebenfalls viele fremde Besucher eingefunden, welche ihn sehen wollten, ohne besondere Erlaubniß einzuholen; auch diesen ertheilte der heilige Vater im Vorberge den apostolischen Segen und da er hörte, daß einige Protestanten darunter seien, konnte er sich nicht enthalten, sie anzureden und sagte: „Ich weiß, daß einige von Euch Protestanten sind, aber des Papstes Segen thut Allen wohl! Ich segne darum auch von ganzem Herzen die Protestanten und deren Familien und bitte Gott, daß dieser Segen sie erleuchtet und ihr Herzen für die Gnade des Heils empfindlich machen möge.“

— Der Magistrat von Rom hat Garibaldi, weil die Villa Severini zu feucht und ungesund gelegen ist, auf Kosten der Stadt ein anderes Landhaus die Villa Casalina vor der Porta Pia gemietet, welche Garibaldi nächstens beziehen wird. Garibaldi und der Fürst Torlonia sind zu Ehrenmitgliedern des römischen landwirtschaftlichen Vereins ernannt worden, worauf einige „gläubige“

Mitglieder ihre Entlassung genommen haben, denn gemäß den Befehlen der Pontificia Commission dürfen sie nicht mit Garibaldi verkehren. Letzterer empfing diese Tage auch eine Anzahl italienischer Freiwilliger, welche unter ihm in Frankreich gesuchten haben und äußerte, wie man daselbst ihre Dienste gering geschätzt habe, jetzt aber sei ein Umsturz in der öffentlichen Meinung eingetreten, denn Marschall Mac Mahon habe ihm einen sehr artigen Brief geschrieben, in welchem er sich anerkennend über die Hülfe ausspreche, welche sie der Sache Frankreichs geleistet. Die Bürger von Nizza haben Garibaldi wissen lassen, daß sie zu den Liberatur-Arbeiten massenhaft Actionen zeichnen würden, um dadurch ihrem berühmten Landsmann ihre Sympathie zu bezeugen. Ein ehrsame Schustermeister hofft ganz besonders von Garibaldis Hiersein Nutzen zu ziehen und will Reklame mit dessen Namen machen, denn er brachte ihm dieser Tage ein Paar elegant gearbeitete Stiefel zum Geschenk, bat aber, er möge ihm gestatten, seinem Schilde die Worte beifügen zu dürfen: „Schuhmachermeister des General Garibaldi“, was der gutmütige Alte ihm auch gestattete.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Febr. In Horsens hat sich ein Arbeiterbauverein gebildet, welcher seine pecunären Mittel durch wöchentliche Einzahlungen von 25 Daler (30 Pfennige) per Mitglied, durch Actionen und durch Anteile herbeizuführen gedacht. Die von diesem Verein zum Aufbau kommenden Häuser sollen zu billigen und mit den Jahren herab sinkenden Preisen vermietet werden. — Der Arbeiterbauverein in Nykøbing hat jetzt im Ganzen 10 einförmige Häuser errichtet, welche unter den Mitgliedern verlost worden sind, so daß die Gewinner die Beträge mit 5% Proc. jährlich (davon sind die 4 Proc. Zinsen) zu bezahlen haben. Der Grundfond dieses Vereins beträgt 16,700 Kronen.

Schweden.

Stockholm, 22. Febr. „Dagens Nyheder“ schreiben heute: Von den verschiedenen wichtigen Theilen der neuen Heeresordnung ist hervorzuheben, daß die Ausbildung der Wehrpflichtigen in der Garnison geschehen soll und dieselben somit in Casernen untergebracht werden. Die Wehrpflichtigen, welche jährlich zur Ausbildung kommen, sind 18,500, außerdem sollen vom Unter-Offizierscorps ungefähr 12,500 ständig in Dienst bleiben und müssen somit Casernen für 31,000 Mann geschaffen werden, dieselben sind der Vorlage gemäß auf 30 Städte Schwedens zu vertheilen. Augenblicklich sind Casernen für 7000 Mann vorhanden. Nirgends findet man in dem Entwurf motivirt, weshalb die Casernen-Ausbildung gewählt und nicht die frühere Lager-Ausbildung beibehalten wurde. Gegen diese Änderung sprachen gewichtige Gründe, die Baufähren der Caserne für Svea Artillerie-Regimentelauf sich auf 1.300.000 Kronen und würde die Herstellung von Casernen für sämtliche 24,000 Mann ein Capital von ca. 30 Millionen in Anspruch nehmen, während im Jahre 1871 die Kosten der Errichtung von Barracken für 20,000 Mann nur auf 350,000 Kronen geschägt wurden. Ein weiterer Kostenaufwand wäre erforderlich, um den bezüglichen Städten nahe belegene Grundstücke zu Exercier-Plätzen zu erstellen; der Grund und Boden ist da ungemein teurer, ohne daß man sicher ist, zweitens entsprechende Plätze zu erhalten. — Dagens Nyheder ermahnen schließlich, die frühere Lager-Ausbildung im Großen und Ganzen beizubehalten und Casernen nur für die Truppen, wo es durchaus nötig, zu beschaffen, die Barracken können etwas stärker gebaut werden und würde dann mit wenigen Kosten dasselbe erreicht. — Der Capitän des Kanonenbootes Motala meldet von Kansö, daß Gothenborgs-Scheeren seit Ende vorigen Monats gänzlich zugefroren und daß am 18. dieses das Kattegat ebenfalls, so weit man vom Thurm in Kansö zu sehen vermochte, mit Eis bedekt, welches jedoch schnell aufbrach. Da der Motala ein guter Eisbrecher ist, ist es ihm bisher gelungen, die Rinne vom Kansö-Hafen zur See offen zu halten. Hülfe ist einigen Fahrzeugen und Fischerbooten durch Bugfieren geleistet worden.

fürstlichen Vortrag, und was eine Hauptfache ist, durch Glaubwürdigkeit seiner Festungen.

\* Der Vorstand der Danziger Schiffahrtsgesellschaft hat die Dividende für das Geschäftsjahr vom 1. März 1874 bis 1. Februar 1875 auf sechs Prozent festgestellt.

Auch für das vorstehende Jahr sind wieder reichliche Abschreibungen vorgenommen und zwar wie folgt:

5%	vom Werthe der Segelschiffe	Rs. 77,379. 64
2%	vom Werthe der Dampfer	14,616. —
zum Reserve-Aff. Kurant-Conto	19,875. —	

Summe Reserve-Aff. Kurant-Conto Rs. 111,870. 64

Außerdem wurden vorausgetragen auf das neue Jahr zur Deckung noch nicht abgerechneter Brüste. Rs. 13,806. 82

Rs. 120,677. 46

Seit dem fünfjährigen Bestehen der Gesellschaft sind im Ganzen vom Werthe der Schiff abgeschrieben:

Bei einem Kapital von Rs. 1,000,000

1870. Rs. 52,904. 44

Bei einem Kapital von Rs. 1,050,000

1871. Rs. 47,542. —

Bei einem Kapital von Rs. 1,050,000

1872. Rs. 43,012. 14

Bei einem Kapital von Rs. 1,575,000

1873. Rs. 77,024. 72

Bei einem Kapital von Rs. 1,575,000

1874. Rs. 77,379. 64

Bei einem Kapital von Rs. 297,862. 94

1875. —

Es beträgt ferner das Reserve-

Aff. Kurant Conto Rs. 75,000. —

und der R. steinerneuerungs-Fonds Rs. 19,875. —

Rs. 592,737. 94

Jährlich sind demnach aus dem Gewinn circa

6 1/2% vom Kapital zu Auszahlungen und Reserven

entzogen. Dagegen bringt die Dividende 1870

nichts wegen des Krieges. 1871: 11,7%; 1872: 6,60%;

1873: 10,83%; 1874: 6,00%; im Durchschnitt

von fünf Jahren also: 7,06%.

\* Bei dem beständigen Sandesamt wurden im

Monat Februar 175 angemeldet 343 Güterien und

270 Sterbefälle. Trauungen wurden vollzogen 60,

Aufzüge entgegengenommen 115.

\* Aus Übermittlung stießen sich einige Arbeiter bei

Kaisert. Weit, als sie dieselbe am Sonnabend Abend verließen. Der Eine derselben glitt dabei aus und fiel zur Erde, wobei er mit dem Hinterkopf auf den frischen Boden aufflog. Es wurde beimminglos nach Hilfe gebracht und ist astern geforscht.

Strasburg, 28. Febr. Stern Abend hatten

sich im Aßmannschen Saale hieselfst viele Wöhler

aus Stadt und Land eingefunden, um einen Richter

unseres Reichstags-Abgeordneten Bieler-Frankenhahn

über die legit. Sitzung des Reichstages anzuhören.

Herr Bieler bemerkte zuerst, daß er erst jetzt in de-

ssen sei, sich keinen hiesigen Wählern v. so nach vor-

zu tun, denen er für das ihm gewährte höchste Ver-

trauen, welches einem Deu. sohn zu Thil werden

könne, danke. Dann berührte er das Buntgesetz, durch

weches dem bish. Buntenschwindel Entlast ge-

thaben und auch auf diesem Gebiete in ganz Deutschland

ein Mcht geschaffen werde. Redner fürste dann

das Civilehe-Gesetz an und meinte, daß das-

selbe nur mit Rücksicht auf Bonn jezt schon

erlassen sei, wo die Verhältnisse bezüglich der

Eheschließungen j. st. ganz unvollständig seien. Denn

in Preußen haben wir ja here zu die Civilehe

und ehe man in dersel. B. ziehung ein neues Gesetz er-

lässt, hätte es sich empfohlen, zuerst in Preußen Er-

fahrungen zu sammeln. Das habe sich aber mit

Rücksicht auf Bonn eben nicht thun loßt n. Nu

will de. K. Dr. L.

Nothwendige Subhastation.

Das der Witwe Henriette Rosel geb.

Teil und deren 4 mind.jährige Kinder n.

gebürtige, in Bautenkraut belegene, im

Gimnase unter No. 78 verzeichnete

Grundstück soll

am 3. April 1875

Vormittags 11 Uhr, im Verhandlungszimmer No. 14 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urteil über die Erteilung des Buschlags

am 8. April 1875,

Mittags 12 Uhr, dafelbst verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmach der der Grundsteuer unterliegenden Fäden des Grundstücks 59 Are 20 Meter; der Kleinsteuer, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt word n. 13 Mai 92 Pfennige; der jährliche Nutzungsverlust, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 10-0 R.

Die das Grundstück betreffenden Auszüge aus den Steuerrollen und der Hypothekenchein können im Bureau V. eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder andererweise, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfen, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prüfung spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Danzig, den 25. Januar 1875.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.

Der Subhastationsrichter. (1872)

Ußmann.

Bekanntmachung.

Diejenigen Herrn Aerzte und Wundärzte, welche sich an der Impfung v. 1875 im bish. Kreise beheiligen wollen, ersuchen Sie, mir ihre Offerten binnen 14 Tagen gesäßtig einzufinden.

Die Bedingungen, unter welchen die Impfung auszuüben ist und die Impfbeschriften haben sich seien das vorige Jahr nicht verändert. Das Nöhere darüber kann auf Erforder in meinem Büro eingesehen werden.

Danzig, den 24. Februar 1875.

Der Landrat von Gramatzki.

Bekanntmachung.

Die Reparatur-Arbeiten auf dem Förster-Gebäude Trampen sollen in Submissio-

n vergeben werden und steht hierzu auf Sonnenboden, den 6. März cr.

Vormittags 9 Uhr, im Bureau des Unterzeichner, Motzlauer-Gasse No. 15, Termin an. Die Bedingungen und der Kosten-Antrag liegen dafelbst zur Erfahrt aus. Bedingungsmäßige Offerten sind dem Unterzeichneren bis zur Termintunde einzurichten.

Danzig, den 25. Februar 1875.

Der Bau-Inspector.

Nath. (1863)

war uns die interessante Mittheilung des Redners, daß die Abstot vorgelegen hat, besondere Sandesbeamte zu befehlen a. zur Annahme von Geburten und Sterbefällen und b. zum Abschluß von Eheschließungen, um eine Überbildung namenlich der örtlichen Bewohner mit Amtsgefäßen zu verhindern. Das Hauptverdienst des neuen Gesetzes sei daß für ganz Deutschland ein einheitliches Ehericht eingeführt sei, welches schon mit dem morgenden Tage in Preußen in Kraft trete, worauf wir hier auch besonders aufmerksam machen möchten. Soeben sprach Redner die neuen Justizgesetze, die eins der engsten Bande zur Einigung Deutschlands sein werden. Sowar war ihre Annahme an bloß sehr erwünscht, das ließe sich aber aus schwerwiegenden Gründen nicht tun, so daß die Vorlagen an eine permanente Commission verwiesen werden müssten. Des längern verbreitete sich Redner über das in der vorwigen Session erledigte Militärgesetz, das sehr einen Consul erzeugt hätte. Letzterer wäre unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein nationales Unikat gewesen, deßhalb habe man alle Ursache, mit dem geschlossenen Compromiss zufrieden zu sein.

Durch diesen hätten Krone und Parlament nachgegeben, erfrete gegen den Rat ihrer Militärbüro, aber in dem Wunsche, Frieden mit dem Bo zu erhalten. Man habe bei diesem Compromiss einen echt staatsmännischen Gedanken Friedrich Wilhelms III. ausgeführt, der in einem Gesetz vom Jahr 1819 bestimmt hatte: "die Friedensstärke des Heeres wird nach den jeweiligen Staatsverhältnissen bestimmt". Mit Rücksicht auf das Septembert des Marschalls MacMahon sei die vereinbarste 7jährige Dauer der Friedensstärke des Heeres getroffen worden.

Die Beleidungen, 27. Febr. Nach dem Kreis-

haushaltsetat pro 1875 sind an Kreis-Chaussee-

Baubeiträgen für dieses Jahr 30,000 R. aufzubringen,

und nach dem Kreistagschluss vom 21. Dezember

1874 in demselben Platzstabe aufzubringen, wie die

Kreiscommunalbeiträge d. J. mit 66,7% Zuschlag zu

Klass- und klassifizierten Einkommensteuer und 33,3% zu

der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Mehrungen hat an Kreischauze-Baubeiträgen in Summa 2225 R. und war nach der Klass- und

Einkommensteuer 1483 R. und nach der Grund-, Ge-

bäude- und Gewerbesteuer 741 R. Saalfeld in Summa 1843 R. und war nach der Klass- und

Einkommensteuer 1281 R. und nach der Grund-, Ge-

bäude- und Gewerbesteuer 415 R. aufzubringen.

Das berichtigte Klassesteuer-Soll pro 1875 beträgt

die Mietungen 535 R., für Saalfeld 429 R. und

für Li.stadt 2153 R.

Kritik an die Redaktion.

In Nr. 896 ist in einem Artikel "Atom" von

inem Brunnen, der sich als sehr gefährlich erwiesen habe.

Die Niede. Dies kann aber in eines Dafür oftens kein Grund sein, daß

so viel Menschen und Thiere in so kurzer Zeit ums Leben kommen, da es sicherlich nicht auf das leidet.

Die Niede ist sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

Gute in solchen Brunnern. Beim kleinen Bauer ist

die Niede sehr gefährlich, ich selbst bin ein

